

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

10.6.1927 (No. 133)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Anzeigen keine Kupferpreise, und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Der Chef der deutschen Marineleitung, Admiral Zentgraf,

ist gestern hier eingetroffen und hat heute dem Staatspräsidenten einen Besuch abgestattet.

Wirtschaftliche Umschau

Die Frage der Erhöhung des Reichsbankdiskonts aus innerwirtschaftlichen Gründen (Anspannung am Geldmarkt, Ansteigen der Geldsätze und starke Zinsanspruchnahme der Reichsbank) und aus solchen außenwirtschaftlichen Gründen (der starke Devisenabfluß der Reichsbank) hat in letzter Zeit immer wieder zur Debatte gestanden. Durch Beschluß des Reichsfinanzministeriums soll nunmehr die Vereinnahmung von Auslandsanleihen dadurch erleichtert werden, daß wieder in eine Prüfung der Anträge auf Befreiung solcher Anleihen von der Kapitalertragssteuer eingetreten werden soll, wenn sie für volkswirtschaftlich erwünschte Zwecke verwendet werden und die Bedingungen den Geldmarktverhältnissen entsprechen. Es soll so der Zufluß von langfristigen Auslandskrediten wieder erleichtert und damit überhaupt eine Erleichterung der Lage auf dem deutschen Kapitalmarkt angebahnt werden. Dadurch kann die Reichsbank wenigstens zunächst noch um eine den im Gang befindlichen Aufschwung die Wirtschaft erschwerende Diskonterhöhung herumkommen. In vielen Fällen hat bisher die Kapitalertragssteuer ein Hindernis für Auslandsanleihen gebildet. Bei starker Zunahme solcher Anleihen sind unter jeweiliger sorgfältiger Prüfung kaum Gefahren währungs- und reparationspolitischer Art zu befürchten. Mit der Frage, ob auch Anleihen für den Wohnungsbau solche Begünstigung genießen sollen, wird sich die Reichsregierung noch besonders beschäftigen.

Rückwärts auf eine rasche Wertenerweiterung und Besserung der inländischen Konjunktur liehen, wie gesagt, eine Diskonterhöhung, die ja eine Erhöhung sämtlicher Zinssätze bedeuten würde, aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht als wünschenswert erscheinen, aber die Reichsbank verfügt über kein anderes Mittel eine übermäßige Beanspruchung des Geldmarktes abzuwehren. Dazu kommen aber auch währungspolitische Momente. Infolge der ungünstigen Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz mußte die Reichsbank, die allerdings heute immer noch imstande ist, rund 300 Millionen an Devisen abzugeben, ohne die Deckungsvorarbeiten für die Reichsbanknoten zu verlegen, eine Einschränkung des Notenumlaufs durch Diskonterhöhung ins Auge fassen, zumal die erhebliche kurzfristige Verschuldung an das Ausland die Möglichkeit plötzlicher besonders starker Beanspruchungen von Devisen in sich trägt. Dabei muß sich die Reichsbank in allererster Linie von ihren eigentlichen Aufgaben als Zentralnoten- und Währungsinstanz leiten lassen und darf natürlich eine Diskonterhöhung nicht aus dem einzigen Grund hinauschieben, um die Lage der Wirtschaft nicht zu erschweren. Andererseits aber darf auch nicht der Zufluß von Auslandskapital künstlich gehemmt und dadurch der Aufschwung der Wirtschaft gedrosselt werden, um dem Ausland unsere schwierige Reparationslage möglichst eindringlich vor Augen zu führen. Der Preis wäre für ein solch unsicheres Ergebnis zu hoch. Man hat nun zur Erleichterung von langfristigen Auslandskrediten unter eine Reihe von Kantelen gegriffen, um eine geringere Beanspruchung des Geldmarktes zu bewirken. Werden die Marktsätze nicht infolge des Zuflusses von Auslandskredit sinken, so wird allerdings eine Diskonterhöhung sich nicht vermeiden lassen.

Da die Geltungsdauer des gegenwärtigen Kraftfahrzeugsteuergesetzes am 31. Dezember abläuft, mußte mit dem neuen Jahr eine Neuregelung eintreten, zu der seit langem eine Reihe von Vorschlägen vorliegen. Der Gedanke zu einer Betriebsstoff- und Vereinfachungssteuer überzugehen, der vieles für sich hat, zumal mit dem Verbrauch von Betriebsstoff und Vereinfachung die Zinsanspruchnahme der öffentlichen Verkehrswege parallel läuft, wird von der Automobilindustrie bekämpft. Und zwar wurde erklärt, daß die Erhebungskosten zu hoch würden, da ja Benzin usw. nur für Kraftfahrzeugbetriebe erfasst werden dürften, nicht für andere Zwecke wie für stationäre

Motore, Flugzeuge, die chemische und Reinigungsindustrie usw. Die Keifenbesteuerung aber ziehe die Gefahr unterdimensionierter Keifen nach sich. Die Automobilindustrie schlägt deshalb an Stelle bisheriger PS-Besteuerung eine reine Subvolumensteuer vor. Anders sprach der Automobilhandel sich aus, der die Hälfte des Steueraufkommens durch eine gestaffelte Subvolumensteuer aufgebracht wissen will, während die andere Hälfte durch eine allgemeine Besteuerung des Betriebsstoffes, wobei auch die anderen solche Stoffe gebrauchenden Gewerbe mit herangezogen werden sollen, aufkommen soll. Da nach dem Vorschlag die Steuer nur 3 Pfg pro Liter betragen soll, sei dies angängig. Man nimmt an, daß ein Drittel der Betriebsstoffe nicht von Kraftfahrzeugen benutzt wird, hätte also — bei Annahme eines Gesamtaufkommens von 100 Mill. M — mit einer Mehrbelastung des nicht für Kraftfahrzeuge dienenden Benzinsverbrauchs von etwa 18 Mill. zu rechnen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Benzinspreise in der letzten Zeit einen Rückgang erfahren haben.

Das Reichsfinanzministerium wartet vorerst das Ergebnis der am 1. Juli stattfindenden Aufnahme des Kraftwagenbestandes ab, um ein Bild von der Höhe des voraussichtlichen Steueraufkommens zu erhalten. Es ist deshalb, zumal dann doch noch eingehende Vorarbeiten notwendig sein werden, möglich, daß das bisherige Kraftfahrzeugsteuergesetz verlängert wird und das neue erst am 1. April 1928 in Kraft treten kann.

Gelegentlich der städtischen Vorschlagsberatungen im Mannheimer Bürgerausschuß wurde dieser Lage auf neue auf den dauernden Rückgang des Umschlages im Mannheimer Hafen hingewiesen. Dieser hat 1926 wieder um 700 000 Tonnen abgenommen, er betrug 5,7 Millionen Tonnen, 1913: 7,4 Mill. Tonnen. Nicht nur große Kohlenmengen hat Mannheim im Umschlag eingebüßt, sondern auch an anderen wertvolleren Gütern sind die Mannheimer Lagerhäuser leer geblieben und viel Verladegerät bleibt ungenutzt. Mannheim will sich nicht dem Ausbau der Wasserstraßen entgegenstellen und wendet sich nicht gegen die Abwanderung von Umschlagsmengen in die oberhalb gelegenen Häfen Karlsruhe, Neß, Straßburg und Basel erklärt es aber, daß in der Hauptsache an dem Rückgang des Umschlages die Tarifpolitik der Reichsbahn schuld sei. Von der in diesen Tagen in Frankfurt a. M. zusammengetretenen Tarifkommission der Reichsbahn wird erwartet, daß sie der Sachlage nun endlich Rechnung trägt und Mannheims Stellung als Umschlagshafen wenigstens einigermaßen erleichtert. Der Oberbürgermeister hoffte auf ein günstiges Ergebnis der Aussprache mit dem nach Mannheim eingeladenen Generaldirektor der Reichsbahn, auch der Reichsfinanzminister habe Mannheim seine Unterstützung zugesagt. Der Vorsitzende der Handelskammer, Renel, erkannte an, daß die badische Regierung und die Stadt alles getan hätten, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

Befanlich gehen die Bemühungen Mannheims vor allem darauf hin, wieder Binnenumschlagstarife zu erhalten, da Mannheim, wie übrigens auch die anderen Oberrheinhäfen durch die billigen Seehafenausnahmetarife schwer benachteiligt sind, durch die sich die Reichsbahn die Transporte von den deutschen Seehäfen gesichert hat, während die allerdings zum Teil auf die Zufuhr von holländischen Seehäfen angewiesene Rheinschiffahrt einen dauernden Rückgang erfährt. In der Debatte glaubte übrigens der Beigeordnete Dr. Bartsch, daß die Rheinhäfen ihre hohe Bedeutung als Umschlagshäfen nicht mehr würden gewinnen können, das aber, wogegen sie sich unbedingt wenden müßten, sei die ungerechte Benachteiligung gegenüber den Seehäfen. Mannheim müsse nun vor allem seine Hoffnung auf die Entwicklung der anderen Wirtschaftszweige, des Handels und der Industrie setzen.

Osterreich und die deutsche Volksgemeinschaft. Bei der 7. Bundestagung der Jugendorganisation der Großdeutschen Volkspartei in Berg Ammerberg in Niederösterreich hielt Minister Pöhl eine Rede, in der er u. a. sagte, die Jugend muß trachten, den deutschen Gedanken der Volksgemeinschaft in sich aufzunehmen und jede Zersplitterung durch Klassenkampf abzulehnen. Unser Herz, unser Zerschmelzer, gilt nicht nur den Deutschen Österreichs, sondern allen, welche deutschen Blutes, deutscher Sprache sind. Der Gedanke an unser großes Vaterland muß stets die Triebkraft aller unserer Handlungen bilden.

Die Reichsregierung und Genf

Die deutschen Delegierten für Genf

Die deutsche Delegation für die in der nächsten Woche stattfindende Tagung des Völkerbundesrates wird heute abend Berlin verlassen. Ihr gehören außer Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert, die Ministerialdirektoren Gaus und Zschelin und das übrige Personal an. Dr. Stresemann wird morgen Samstag in Frankfurt weilen, um an der Eröffnung der Internationalen Weltausstellung (Sommer der Musik) teilzunehmen. Er wird hier mit dem belgischen Minister des Auswärtigen Vanderveelde und dem französischen Unterrichtsminister Herriot zusammentreffen, die ebenfalls zu diesem Zweck nach Frankfurt kommen. Sonntag nachmittag gedenkt Dr. Stresemann bereits in Genf zu sein.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag nachmittag mit der außenpolitischen Lage und mit der am 13. Juni beginnenden Tagung des Völkerbundesrates in Genf.

Auf der Tagung sollen auch die im Mai begonnenen Verhandlungen über die Verabsicherung der rheinischen Besatzungstruppen zum Abschluß gebracht werden. Englischen und französischen Erklärungen zufolge scheinen die Besatzungsmächte im Prinzip bereit zu sein, die Besatzungsmannschaft um weitere 10 000 Mann zu verringern. Als Bedingung wird gefordert, daß das Pariser Abkommen über die Disziplinierung der Besatzungsmächte festgelegt ist. Über den Modus dieser Feststellungen herrschen noch Meinungsverschiedenheiten. Berliner Blättermeldungen zufolge darf man es als gewiß ansehen, daß Dr. Stresemann den offiziellen Schritt zur Erreichung der vollständigen Rheinlandsräumung, den er im März angekündigt hat, im Juni auf der Völkerbundstagung noch nicht unternehmen werde. Innerhalb des Reichskabinetts herrsche Übereinstimmung darüber, daß der Termin, der diese Aktion einleiten soll, den sich Dr. Stresemann ausdrücklich vorbehalten hatte, noch nicht gekommen sei, und daß er erst nach der Juni-tagung des Völkerbundesrates erfolgen könne. Dagegen sei es sicher, daß über die Verminderung der Rheinlandsräumung verhandelt werde. Einzig dürfte man annehmen, daß es über die Frage der Verwirklichung der Besatzungstruppen in den Verhandlungen, die dort zwischen Dr. Stresemann, Chamberlain und Briand stattfinden, erreicht werde.

Das Reichskabinett hat am Donnerstag ferner nach Entgegennahme eines Berichtes über das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Reichsregierung billigt den Gesamtbericht der Weltwirtschaftskonferenz und stimmt ihren Beschlüssen zu. Sie ist bereit, an der Verwirklichung der Empfehlungen und Anregungen tatkräftig mitzuwirken. Die Reichsregierung erblickt in den von der Weltwirtschaftskonferenz für die Zoll- und Handelspolitik gegebenen Richtlinien einen praktischen Weg zu einer freieren Gestaltung der internationalen und insbesondere der europäischen Wirtschaftsbeziehungen und ist mit der Konferenz der Ansicht, daß hierin eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung Europas für den Fortschritt der Zivilisation und für die Erhaltung der Friedens liegt. Sie hält es daher für dringend erwünscht, daß die zur Verwirklichung der Konferenzbeschlüsse erforderlichen Arbeiten des Völkerbundes mit Beschleunigung in Angriff genommen und durchgeführt werden.“

Ein französischer Senator zur Rheinlandsräumung und Korridorfrage

Senator Lemery, der seine von Briand abgelehnte Interpellation zur Frage der Rheinlandsräumung nach der Rückkehr des französischen Außenministers aus Genf im Senat vorbringen wird, hat dem Pariser Vertreter der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung abgegeben über den Standpunkt Frankreichs in der Räumungsfrage.

Meiner Überzeugung nach, sagte Lemery, wäre es nicht möglich, das französische Volk für eine vorzeitige Zurückziehung unserer Besatzungsmannschaft empfindlich zu machen, wenn nicht vorher in Osteuropa die gleiche Stabilität der Verhältnisse erreicht wird, wie sie der Locarnovertrag im Westen geschaffen hat. Zwar ist es uns möglich, den Räumungsakt ohne vorheriges Einverständnis mit Warschau zu vollziehen. Die polnischen Parlamentarier einschließlich der Sozialdemokraten, ersuchten uns, dringend die Räumung nicht eher durchzuführen, als bis auch im Osten eine entsprechende Garantie des Bestandes hergestellt ist. Wir können die Bereitwilligkeit des französischen Volkes für eine vorzeitige Räumung gewinnen, wenn ein für Deutschland und Polen tragbarer Modus geschaffen wird, um die unhaltbaren und Deutschlands Souveränität an der Ostgrenze schwer beeinträchtigenden Verhältnisse zu beseitigen. Der Korridor in seiner heutigen Gestalt ist ein Friedenshindernis. Die obersteletische Frage müßte gelöst werden. Die Klänkelei gegen Danzig müßten ein Ende finden. Die Lösung der Korridorfrage erscheint mir am schwierigsten. In Oberschlesien wäre vielleicht ein Zonensystem zu schaffen. Aber Danzigs Zukunft ließe sich später einmal reden, wenn überhaupt die Verständigung zwischen Deutschland und Polen möglich ist. Doch gilt als Voraussetzung, daß der Versailler Vertrag hinsichtlich seiner osteuropäischen Bestimmungen revidiert wird. Es ist Aufgabe der französischen Diplomatie, die Initiative zur Sicherung des Friedens durch einen deutsch-polnischen Garantiepakt zu ergreifen. Das ist die Forderung der öffentlichen Meinung Frankreichs. Ich hoffe, sagte Lemery, daß Briand an diese Aufgabe herantritt.

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie

Politische Neuigkeiten

Auf der Genfer Arbeitskonferenz

Gaben am Donnerstag der englische Regierungsvorsteher Wolfe und der deutsche Regierungsvorsteher Ministerialrat Feig Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Regierungen zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ab.

Der englische Regierungsvorsteher unterstrich insbesondere den englischen Wunsch, daß die Ratifizierung dieses Abkommens durch die hauptsächlichsten Industriestaaten gleichzeitig vorgenommen werde und daß zur Vermeidung von späteren Meinungsverschiedenheiten vor Inkrafttreten der Konvention die Sicherheit geschaffen werde, daß jeder einzelne Teil dieser Konvention in allen Ländern in gleicher Art ausgelegt wird. Ministerialrat Feig betonte gegenüber den von einigen Arbeitervorstellern erhobenen Vorwürfen, daß der Reichsarbeitsminister die Ratifizierung zu einem bestimmten Zeitpunkt niemals versprochen habe, und daß andererseits der Entwurf des Arbeitschutzgesetzes bereits dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zugegangen sei. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, nicht früher ratifizieren zu können, ehe nicht das inländische Recht mit dem zu ratifizierenden Abkommen in Einklang gebracht sei. Der Entwurf des Arbeitschutzgesetzes gehe in verschiedenen Punkten über das Washingtoner Abkommen hinaus, indem er z. B. den Handel in seinen Geltungsbereich einbeziehe. Weiter wies Ministerialrat Feig nach, daß in Deutschland schon jetzt eine immer strengere Anwendung des Grundgesetzes des Achtstundentages auf dem Wege der Gesetzgebung, der Verordnungen und der Kollektivarbeitsverträge herbeigeführt wird.

Die russischen Anschuldigungen gegen England

In dem bereits gemeldeten Kommuniqué der Sowjetregierung über die Anschläge auf Mitglieder und Vertreter der russischen Regierung wird weiter erklärt, daß englische Blätter unmittelbar nach der Ermordung Wotjows ein Interview mit dem früheren zaristischen Diplomaten Sablin veröffentlichten, der den Mörder direkt rechtfertigte. Die englische Hand, die das Attentat des polnischen Staatsangehörigen lenkte, sei hierin deutlich zu erkennen. Auch der Tod des stellvertretenden Bevollmächtigten der G. P. U. für den wehrkräftigen Militärbereich beim Transport eines polnischen Spionagegeheimnisses auf einer Drahtseilbahn, ferner der Bombenanschlag im kommunistischen Klub in Leningrad sowie verschiedene Brandstiftungen und Sabotageakte in Fabriken werden von dem Kommuniqué englischen Einfluß zugeschrieben. Es heißt dazu n. a.: „Demnach ist es völlig klar, daß die englische Regierung, die die Vorbereitungen gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln und auf allen Wegen mit raschem Tempo betreibt, befreit ist, die friedliche Arbeit der Sowjetunion zu fördern. Die Sowjetregierung hält es für ihre Pflicht, die sowjetfeindliche Politik des britischen Kabinetts und seiner Agenten aufzuheben. Sie richtet an die werktätige Bevölkerung den Aufruf, die Fabriken, Stationen usw. zu schützen und macht es der G. P. U. zur Pflicht, entsprechende Maßnahmen zum Schutze des Landes vor ausländischen Spionen, Brandstiftern und Mördern zu ergreifen.“

Die Moskauer Presse veröffentlicht eine Mitteilung der vereinigten staatlichen Verwaltung G. P. U., in der es heißt, daß angeht des Übergangs zum terroristischen Kampf seitens der Weißgardisten, die jenseits der Grenze nach Anwendung und mit Mitteln des ausländischen Geheimdienstes vorgehen, das Kollegium der G. P. U. am 9. Juni 20 Personen zum Tode durch Erschießen verurteilt hat. Das Urteil sei bereits vollstreckt. Von den Todesurteilen sind acht mit Spionage zugunsten ausländischer Missionen begründet, acht mit allgemeiner kontrerevolutionärer Tätigkeit und Zugehörigkeit zu monarchistischen Organisationen. In drei weiteren Fällen gründet sich das Todesurteil auf versuchte oder geplante Attentate gegen führende Mitglieder der Sowjetregierung. In einem Fall ist als Begründung illegales Eindringen in das Territorium der Sowjetunion angeführt. Es handelt sich um Paul Dolgorukow. Unter den wegen Spionage Erschossenen befindet sich auch ein Angestellter der Staatsbank der Sowjetunion und früherer zaristischer Konsul Desjnow. Ein früherer Kammerherr und ehemaliges Mitglied des Reichsrats Nikulin ist in der Liste der Urteile als Inhaber einer Wohnung aufgeführt, in welcher sich aus dem Ausland eintreffende Terroristen zu verbergen hatten.

W. London, 10. Juni (Tel.). Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen würden Witwinows heftige Beschuldigungen Großbritanniens als künftlich bezeichnet und erzeugten ebenso viel Belustigung wie Enttäumen. Was Witwinows Drohungen gegen Warschau und die Berichte über bolschewistische militärische Zusammengehörungen an der polnischen Grenze betreffe, so bestehe keine Neigung in britischen Kreisen, solchen Drohungen übertriebene Bedeutung beizumessen. Alle militärischen Beobachter in der Nachbarschaft Rußlands von Rumänien bis Albanien seien überzeugt, daß der Sowjetregierung das Werkzeug fehle, einen Krieg zu führen.

Die polnische Regierung lehnt in einer Note an den russischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten jede Verantwortung für die Tat eines Wahnsinnigen ab, weist darauf hin, daß Wotjow selbstzeit selbst den ihm angebotenen persönlichen Schutz abgelehnt habe und daß die Sicherheitsbehörden von der Durchreise Mosengolz und der Abfahrt Wotjows, ihn zu begründen, nicht unterrichtet worden seien. Die polnische Regierung erklärt sich aber bereit, eventuelle Wünsche der russischen Regierung über eine Entschädigung für die Familie des Gefandten Wotjow in weitestem Sinne wohlwollend zu prüfen.

Die Verhaftungen unter den in Polen lebenden russischen Monarchisten nehmen ihren Fortgang. Bisher soll noch kein belastendes Material gefunden worden sein, so daß diese wieder auf freien Fuß gesetzt werden mußten.

Neue Dammbauten in der Nordsee. Nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ wird in diesem Jahr außer dem schon eingeweihten Hinzenburg-Damm zwischen der Insel Sülz und dem Festland noch ein weiterer Damm fertiggestellt, der Dland mit dem Festland verbindet. Im Jahre 1928 soll dann ein Damm Oland-Langenees gebaut werden. Ferner haben die zuständigen preussischen Ministerien Untersuchungen veranlaßt über weitere Dammbauten, welche die Ostigen mit dem Festland verbinden sollen, und weiterhin ist auch ein Damm zwischen der Insel Amrum und Bülz auf Höhe geplant. Diese Dämme sind jedoch keine Eisenbahndämme, sondern sie haben den Charakter von Schuttdämmen mit dem Zweck der Landgewinnung im Wattenmeer.

Die deutsche Auswanderung im ersten Quartal. Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes sind im ersten Quartal 1927 rund 17 000 Deutsche ausgewandert. Von den Auswanderern waren 10 470 Männer und 6 419 Frauen. Zusammengefaßt hat die Auswanderung vor allem aus den landwirtschaftlichen Gebieten Ostpreußens, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und Weistfalen.

Reichstagung der akad. gebildeten Zeichenlehrer in Karlsruhe

Die Reichsverbände akademischer gebildeter Zeichenlehrer und Zeichenlehrerinnen trafen heute Freitag vormittag unter dem Ehrenvorsitz des badischen Ministers des Kultus und Unterrichts Leers, Oberbürgermeisters Dr. Winter, Prof. Rabberger, Direktor der Landeskunstschule, Prof. Dr. h. c. Billing, Oberbaurat C. F. O. Müller, Igl. dänischer Vizekonsul, im Bürgerhalle des Karlsruher Rathauses zu ihrer diesjährigen außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung zusammen, nachdem bereits gestern Sitzungen des engeren und weiteren Vorstandes stattgefunden hatten.

Der Vorsitzende,

Sudienrat Etchler, Leipzig

begrüßte insbesondere den badischen Unterrichtsminister Leers, die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der Schulverwaltung, sowie die zahlreichen Teilnehmer aus dem Saargebiet und Österreich. Er fuhr fort mit der Erinnerung an Hans Thoma, dessen Werden und Werk ein Symbol seien. Um dem Genius zu huldigen, erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Herr Etchler verwies dann auf die Forderungen der deutschen Zeichenlehrerschaft, die in der Richtung einer wertvollen Erziehungsarbeit am deutschen Volke liegen. Man werde in dem Kampfe um die Sache der Kunstziehung nicht erlahmen und erwarte, daß die neue Prüfungsordnung bald in allen deutschen Gliedstaaten Eingang gefunden hat.

Unterrichts- und Kultusminister Leers

entbot der Tagung den Gruß der badischen Regierung. Wenn die Prüfungsordnung noch nicht fertig vorliege, so bedeute das keineswegs, daß man es nicht für notwendig erachte, diesen Weg auch in Baden zu gehen. Es gelte noch einige Unbequemlichkeiten zu beseitigen. Jedenfalls sehe er, der Minister, in der Tagung und Ausstellung eine recht nachdrückliche Anregung, die in Baden auf einen guten und vorbereiteten Boden fallen wird; denn künstlerisches Leben und die Schätzung künstlerischer Werte gehörten zur guten alten Tradition in unserem Lande. Die Heranbildung der Zeichenlehrer sei ein schwieriges und umfangreiches Problem. Hier heiße es zugleich Künstler und Pädagoge sein. Daß sich die Zeichenlehrer selbst sehr nachdrücklich der Dinge annehmen, sei darum nur zu begrüßen. Der Minister wünschte dem Verbande eine weitere erfolgreiche Tätigkeit.

Bürgermeister Dr. Klein schmidt sprach im Namen der Stadt, Oberbaurat Prof. Dr. Billing für Rektor und Senat der Technischen Hochschule, Prof. Bender namens der Landeskunstschule. Der Präsident der internationalen Vereinigung für Kunstunterricht, Zeichen und angewandte Kunst, Dr. Speyer, Zürich, überbrachte mit seinen Glückwünschen die Einladung zum nächsten internationalen Kongress in Prag 1928. Prof. Dr. Meiner sprach im Auftrage des Deutschen Philologenbundes, Studienrat Zahn für den Reichsbund der Kunstzieher. Den Reigen der Begrüßungsansprachen schloß der 1. Vorsitzende des Vereins badischer Zeichenlehrer, H. Lenz, Karlsruhe.

Darauf folgte ein hochinteressanter Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Litt, Leipzig, über das Thema

„Von Bildungsfragen und der Kunstziehung“

Die Kunst, der unsere klassische Epoche im ganzen der „humanen“ Bildung ihren wohlbestimmten Platz angewiesen hatte, kann von der heute lebenden Generation nicht einfach nach den damals aufgestellten Grundfäden pädagogisch eingeordnet werden. Der Gegensatz zwischen der Gesamtbildung unseres Kulturlebens und dem Geist echter Kunst ist unendlich viel schärfer geworden und die Erziehung soll diesen Gegensatz nicht beschönigen oder vertuschen, sondern pädagogisch fruchtbar machen. Alle Versuche einer äußerlichen Anpassung, bei denen die Kunst notwendig der leidende Teil sein würde, sind zu verwerfen. Freilich darf dieser Gegensatz nicht dahin mißverstanden werden, als gelte es die Freiheit des freien „Ausbruchs“ suchenden Ich gegen die Sachgebundenheit der modernen Kultur auszuspielen. Auch die Kunst unterliegt als solche gewissen gegenständlichen Bindungen und der genannte Gegensatz beruht gerade darauf, daß dieses Eigenes der Kunst sich mit den sonstigen Prinzipien unseres kulturellen Lebens und Schaffens nicht in Einklang setzen läßt. So hat auch die Kunstziehung zwar auszugehen von dem naiven Schaffen des Kindes, das nichts weiter will als sich selbst „ausbrühen“, aber hinüberzuleiten zu einer Stufe des Schaffens, die die sachlichen Normen der Kunst zu ihrem Rechte kommen läßt. Und nur einer so orientierten Kunstziehung kann es gelingen, den Anstoß zu finden an die gerade heute so wichtigen Aufgaben einer zweckgebundenen „angewandten“ Kunst.

Hierauf ergriff Museumsdirektor Dr. Hartlaub, Mannheim, das Wort zu einem Vortrag über

„Impressionismus, Expressionismus und neue Sachlichkeit in ihrer Wirkung auf die Kunstziehung“

Die Entwicklung des modernen Kunstunterrichts — in bezug auf die bildnerischen wie auf die empfindenden Kräfte der Jugend — entspricht durchaus den Stufen modernen Kunstlebens seit dem Impressionismus. Überausende Erfolge brachte besonders das impressionistische Ideal für das Verständnis des Eigenen, spontaner Kinderleistung und für die Methode ihrer Erweckung und Entwicklung. Parallel mit der heutigen Einstellung „neuer Sachlichkeit“ wird jedoch eine nüchternere Bewertung „expressionistischer“ Erziehungsversuche kommen müssen. Das unzweifelhaft Erreichte muß gegenüber falscher Erwartungen abgegrenzt werden; Sinn und Ziel eines wohlverstandenen Zeichen- und Kunstunterrichts in den Schulen ist erneut zu bestimmen. Welcher Wert ist neben dem erzählenden Spontanzeichnen dem ornamentalen, kunstgewerblichen Entwerfen beizumessen sowie dem hergebrachten lehrplanmäßigen Modellunterricht? Wie verhält sich die bei Kindern so erfolgreiche Spontanerziehung gegenüber den zeichnerischen Leistungen der Heranwachsenden? Muß eine Erziehung des Kunsturteils gegenüber dem eigentlichen Gestaltungsunterricht einsehen und wann? Der Redner ging auf diese und andere ähnliche Fragen des Näheren ein.

Beide Redner, denen ein glänzender Auf vorausging, ernteten reichen Beifall.

Der Reichstag nimmt nach der Pfingstpause am nächsten Dienstag, 14. Juni, seine Vollkammern wieder auf. Auf der Tagesordnung steht das Lebensmittellgesetz. — Der preussische Landtag versammelt sich erst wieder am 20. Juni.

Der Entwurf des Kriegsvorgangsgesetzes ist jetzt dem Reichstag zugegangen, nachdem ihm Reichswirtschaftsminister und Reichsrat ihre Zustimmung erteilt haben.

Schloß und Park in Freienwalde dem preussischen Staat übergeben. Mit einer kurzen Feierlichkeit ist, wie aus Berlin gemeldet wird, heute, Freitag, dem Kreis Oberbarnim die Stiftung Walter Rathenaus übergeben worden. Park und Schloß Freienwalde sind nunmehr Besitz der Allgemeinheit.

22. Deutscher Geographentag in Karlsruhe

Der Abschluß der Tagung

Der Donnerstagnachmittag führte die Kongreßteilnehmer in das Gebiet Südwürttembergs.

Professor Dr. Klute, Gießen, sprach über Land und Leute Oberhessens. — Privatdozent Dr. Mey, Leipzig, schilderte die Oberhessische als klassisches Ein- und Auswanderungsgebiet. Er ging den Ursachen und der Richtung der Wanderbewegung in hochinteressanten Darlegungen nach und wies darauf hin, daß südwürttembergisches Volkstum in allen Erdteilen anzutreffen sei. Das bunte anthropologische Bild am Oberrhein sei vor allem das Ergebnis einer ständigen Umschichtung bis auf unsere Tage hinein. Die Annahme, daß unsere Bevölkerung fast ausschließlich aus dem Oberrhein stamme, ist innerlich recht beweglich geworden. Er kommt zu dem Schluß, daß die größten deutschen Auswandererströme aus dem Südwürttemberg, vor allem aus den oberhessischen Landen gekommen sind. Hier weitere Forschungen anzustellen, sei eine vornehmliche Pflicht der rheinischen Hochschulen und der deutschen Hochschulen an der Donau.

Um 4 Uhr folgte

eine Geschäftsitzung.

Dabei gelangten eine Reihe von Anträgen zur einstimmigen Annahme, und zwar:

Der 22. Deutsche Geographentag beglückwünscht die Meteorologie nach ihrer Heimkehr von erfolgreicher Fahrt, dankt dem Kommandanten, dem wissenschaftlichen und militärischen Stab für die Durchführung des Messingen Planes, für die Bereicherung der Wissenschaft und der würdigen Vertretung des deutschen Namens in der Welt.

Der 22. Geographentag dankt der Kartographischen Gesellschaft für die erfolgreiche Förderung geographischer Forschung.

Der 22. Geographentag wiederholt seine dringende Forderung an die Schulbehörden aller deutschen Staaten, daß an allen höheren Schulen mindestens zwei Wochenstunden geographischer Unterricht von Fachlehrern erteilt wird.

Weiter setzte sich der Geographentag auf Veranlassung des Verbandes deutscher Hochschullehrer für Geographie für die Errichtung weiterer Geographiefakultäten an den deutschen und österreichischen Universitäten ein.

An die Zentralkommission für wissenschaftliche Landeskunde Deutschlands richtet er das Ersuchen, die Schaffung eines volkstümlichen Atlanten für das deutsche Sprachgebiet zu unterstützen, und Dr. Beske, Hannover, mit der Ausarbeitung von Richtlinien für dieses Werk zu beauftragen.

Den Besuch internationaler Geographenkongresse in London und Cambridge kann der Geographentag nicht empfehlen, ehe die Unterstellung unter das conseil de recherche aufgehört hat.

Zum Tagungsort des 23. Geographentages an Pfingsten 1929 wurde Magdeburg bestimmt, für die dann folgende Tagung Danzig empfohlen. Doch hält Wien seine Einladung für 1931 aufrecht.

Darauf hielt der erste Vorsitzende, Geheimrat v. Deegelski, die Schlußrede, in der er den zufriedenerstellenden Verlauf der inhaltreichen Tagung hervorhob und mit Genugtuung die Einigkeit der Geographischen Wissenschaft feststellte.

Mit einem oberhessischen Seimatabend im großen Festsaal, der sich eines starken Besuches erfreute, fand die Tagung ihren Abschluß.

Friedrich Bayerns achtzigster Geburtstag

Friedrich Bayer, der Ehrenvorsitzende der Demokratischen Partei, begeht am 12. Juni seinen 80. Geburtstag. Die Glückwünsche des demokratischen Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion werden die drei Vorsitzenden der Fraktion überbringen, die Abgeordneten Koch, Erkelens und Dr. Haas. Friedrich Bayer wird die Deputation am 12. Juni vormittags empfangen. Abgeordneter Koch wird dabei eine Ansprache halten. Eine Abordnung der württembergischen Demokraten unter Führung der Abgeordneten Brudmann (Seilbronn), Schief (Tübingen) und Dr. Heuß wird sich anschließen. Die württembergische Demokratische Partei veranlaßt am 12. Juni in Stuttgart eine Tagung ihres Landesauschusses. Am Vorabend findet zu Ehren Bayerns ein parlamentarischer Abend in Stuttgart statt, an dem auch die Abgeordneten Koch, Erkelens und Dr. Haas teilnehmen werden. Auch zahlreiche Ortsvereine der Demokratischen Partei veranstalten im Juni Feiern zu Ehren Friedrich Bayerns.

Die Fürstenabfindung in Württemberg

Dem württembergischen Landtag ist der Vertrag zwischen dem württembergischen Staat und dem vormals landesherrlichen Haus über die Vermögensauseinandersetzung zugegangen.

Der Vertrag betrifft einmal die Abfindung der sogenannten Kunstammer, eine teilweise bis zum Dreißigjährigen Krieg zurückgehende Sammlung kunsthistorischer Gegenstände, und die von den drei Königinnen Württembergs im Krongut gemachten Schmucksachen. Für beide Wertobjekte wurde von der württembergischen Regierung ein Entschädigungsbetrag von 3 Millionen Reichsmark festgesetzt, der sich um 530 000 M für bereits zurückgegebene und noch weiter auszufolgende Stücke des Krongutes an das Haus Württemberg ermäßigt. Da dieser Betrag gegenwärtig der Staatskasse nicht verfügbar ist, soll bis zur endgültigen Auszahlung jährlich der Betrag von 123 000 M, der einer fünfprozentigen Rente entspricht, an das Haus Württemberg bezahlt werden.

Die von Herzog Albrecht von Württemberg unter Verufung auf die Bestimmungen der alten württembergischen Verfassung gestellten Entschädigungsansprüche für Zivilisten und Präzedenz als Gegenleistung für die Einbringung des Familienidealkommisses in das Staatskammergut werden von der württembergischen Regierung sowohl aus rechtlichen wie aus weltlichen Gründen abgelehnt, dagegen stimmen sie der Erbhörung der Jahresrente der Herzogin Charlotte, der Witwe des verstorbenen Königs, von 36 000 M auf 70 000 M zu; ursprünglich waren 1918 von der Regierung 100 000 M zugestimmt worden. Unter Berücksichtigung des damaligen Markwertes beträgt damit die Aufwertung der Witwenrente etwa 140 Prozent.

Trotz der zu erwartenden starken Opposition der Linksparteien dürfte bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des württembergischen Parlaments die Zustimmung zu dem Vertrag zu erwarten sein.

Gütertarifermäßigungen bei der Reichsbahn

In der Donnerstagssitzung der in Frankfurt zusammengetretenen ständigen Tarifkommission der Deutschen Reichsbahnverwaltung und des Ausschusses der Industrieinteressenten hat sich die Kommission von neuem mit der systematischen Durchprüfung des Normalgütertarifs beschäftigt und gegenüber dem Ministerium eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Es wurde beschlossen, die Klassen A-D, insbesondere die Klassen B und C zu senken, ferner eine neue Klasse zwischen den Klassen D und E einzuführen und schließlich die Nebenlastenaufschläge für 10 Tonnenladungen herabzusetzen. Die Beschlüsse bedürfen selbstverständlich noch der Zustimmung der maßgebenden Stellen. Aber die ebenfalls zur Erörterung stehende Frage der Ermäßigung der Frachten für die Nahentfernungen (bis 100 Kilometer) wurde eine Einigung nicht erzielt.

Der Prozeß Luzetti

In Rom begann vor dem außerordentlichen Gericht zum Schutze des Staates der Prozeß gegen Gino Luzetti, der am 11. September 1926 bei der Porta Pia eine Bombe gegen das Automobil Mussolinis geschleudert hatte, wobei acht Personen verletzt wurden. Der bekannte Anarchist Stefano Baccaroni ist als Mittäter angeklagt. Ferner ist ein Kellner des Hotels mitangeklagt, in dem Luzetti in Rom gewohnt hatte. Die Untersuchung hat ergeben, daß Luzetti die beiden Bomben vom Kriege her besaß. Er hatte sie auf der Suche nach einem Sammelort für Kriegsmaterial gefunden und mit nach Hause genommen. Luzetti hatte sich nach Frankreich flüchten müssen, weil ihm die Faschisten von Avenza verfolgten. Er arbeitete an der französischen Riviera und war im Mai 1926 nach Italien zurückgekehrt.

Kurze Nachrichten

Einigung in der Frage der deutschen zivilen Luftschiffahrt. Die auf der Tagung des Völkerverbands stehende Vorlegung der Liste der deutschen zivilen Luftschiffahrt ist laut „Tägl. Rundschau“ von der Tagesordnung abgesetzt worden, da von der deutschen Regierung und der Völkerverbandskonferenz inzwischen eine Einigung über diese Punkte erzielt worden ist.

Der sozialpolitische Ausschuh des Reichstages nahm nach längerer Erörterung einen Vermittlungsantrag der Deutschen Volkspartei an, wonach die Gemeinden ein Fünftel der Lasten der Straßenunterhaltung zu tragen haben.

Die Obergrenze mit Polen. Am Mittwoch hat im Auswärtigen Amt der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 18. August 1926 in Cösel unterzeichneten Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die die Grenze bildende Obergrenze stattgefunden. Das Abkommen tritt am 8. Juli d. J. in Kraft.

Der Potsdamer Flaggentreit. Zu der Mitteilung, das Oberverwaltungsgericht habe in der Angelegenheit des Potsdamer Flaggentreibes zugunsten der Stadt Potsdam entschieden, wird der „Voss. Zig.“ auf Nachfrage an zuständiger Stelle erklärt, daß dort von einer Entscheidung noch nichts bekannt sei.

Keine Einigung in Sachen. Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Helldt wegen der Bildung der Regierung sind der „Voss. Zig.“ zufolge gescheitert, da die Deutschnationalen nach wie vor zwei Ministerien für sich beanspruchen. Am Samstag sollen wieder interfraktionelle Besprechungen stattfinden, um noch einmal eine Lösung der Krise zu versuchen.

Ein antipolitischer Antrag im schweizerischen Ständerat. Der schweizerische Ständerat beschloß mit 20 gegen 4 Stimmen, den Bundesrat einzuladen, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß die völkerverbündliche Organisation in die Schweiz eindringen und die durch die Verfassung und die Gesetze des Landes gewährleisteten politischen und sozialen Einrichtungen beeinträchtigt werden könnten.

Die Rückkehr der englischen Diplomaten aus Moskau. Der gesamte Stab der britischen diplomatischen Vertretung in Moskau ist jetzt nach London zurückgekehrt.

Keine Unruhen in Portugal. Wie Sabas aus Lissabon meldet, dementiert das Kriegsministerium sämtliche Gerüchte über angebliche Unruhen in Portugal. Die Truppenbewegungen seien in falscher Auslegung erfolgter Instruktionen erfolgt. In ganz Portugal herrsche Ruhe.

Tschangsolin bleibt in Peking. Tschangsolin erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Peking, die Frage des Kommandats werde niemals über Peking wehen. Er beabsichtige, in Peking zu bleiben.

Badisches Landestheater

Rosa

Ein Gastspiel von Albert und Elise Baffermann bot Gelegenheit, wieder einmal Jenseits „Rosa“ auf sich wirken zu lassen. Ein Bühnenwerk, dessen gegen den männlichen Majoritätsverstand gerichtete Tendenz immer noch aktuell scheint. Die Ausbeute des Abends nach aber um so größer, als durch das Ehepaar Baffermann eine geradezu klassische Darstellung der beiden Hauptfiguren gesichert war. Niemand wird zwar behaupten, daß man gleich zu Beginn des ersten Aktes bei Elise Baffermann das Gefühl hatte, sie könne die Geschichte eines weltenerfahrenen Mädchens aus der Peripherie eines alltäglichen Liebesromans zum Schicksalsdrama des verfallenen und jahrelang um seine Rechte betrogenen Weibes formen. Eben noch glüht dieser Akt an der Gefahr der Wehleidigkeit und hausbackenen Nüchternheit vorbei, desto stärker drängt sich jedoch in den folgenden Akten die seelische Not mit eisernen Geleisen auf, erschütternd wirkte die zu schamhaftem Eigenstolz Erwachte vor allem in der großen Schlusszene. Hier wie auch schon in früheren Epochen hatte allerdings erst das Zusammenwirken mit Albert Baffermann (Robert Helmer) ihrer Darstellung das Siegel der Vollendung aufgedrückt, man merkte überhaupt den ganzen Abend, wie eigentlich nur durch ihn die Existenz des Puppenheims zur Angelegenheit wurde. Zunächst mit sparsam dosierten Akzenten arbeitend, im gegebenen Moment aber den tiefbürgerlichen Charakter entlassend, der jenen armenlichen Rechtsaber umschattet, umkreiste er mit eindringlichster Wirkung immer enger das Problem und gelang unerbittlich zu gespanntester Aufmerksamkeit. Auch psychologisch eine erstaunliche Leistung und in der schauspielerischen Konstruktion natürlich so voll Lebensnerv, daß einige magere Rollen zur nachträglichen Abspiegelung kaum ausreichten.

Vom höchsten Ensemble bestanden neben den beiden Gästen in allen Ehren Ulrich von der Trend (Doktor Rant), der gleichzeitig als Regisseur glücklich seines Amtes waltete, und Paul Gemmeke (Günther). Unbefriedigt ließ dagegen Friedl Wäber (Frau Linden), ihre blasse Deklamation war in diesem naturalistischen Drama fehl am Ort. Das in den Rängen auffallend häufig besuchte Haus folgte mit großem Interesse und spendete lebhaften Beifall.

Badischer Teil

Zur Kraichgaubahnfrage

D. Durlach, 9. Juni. Eine aus dem gesamten interessierten Bezirk gut besuchte Vollversammlung des Verkehrsverbandes für die Kraichgaubahn, die heute nachmittag hier im Rathhausaal unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Pfister, Bretten, tagte, befaßte sich erneut eingehend mit dem Ziel, die Kraichgaubahn mehr als bisher in den Bauabahnverkehr hineinzurufen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden sowie des Oberbürgermeisters Jäger, Durlach, wurde in die Verhandlungen eingetreten.

Landrat Dr. Pfister konnte feststellen, daß bereits einige Erfolge erzielt seien und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die weiteren Wünsche, soweit irgend möglich, erfüllt würden. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Karlsruhe hat wegen der allgemein ungünstigen Lage der Reichsbahn eine Vermehrung der Züge nicht eintreten können, dagegen sollen die BP-Züge 313 und 314 auch im Winter beibehalten werden und außerdem eine Reihe von Verbesserungen herbeigeführt werden durch Einfügung durchlaufender Wagen und durch günstigere Anschlüsse. Der Vorsitzende betonte bei dieser Gelegenheit, daß die Kraichgaubahn die kürzeste Verbindung von Mittelbaden nach Nordbaden und Nordostdeutschland darstelle und daß diese Bahn sich entsprechend ihrer Lage und Geographie ihre Gleichberechtigung erkämpfen müsse und namentlich weitere Züge und insbesondere ein geeigneter Abendzug eingeführt werden müßten.

An den Bericht des Vorsitzenden schloß sich eine rege Aussprache. Herr Gög von Verkehrsverein Karlsruhe hob die Bedeutung dieser Linie als direkte Verbindung in Richtung Berlin hervor und forderte zu diesem Zweck und zur Ermöglichung der Führung von Schnellzügen den alsbaldigen zweigleisigen Ausbau der Strecke Gröningen-Bretten und Elektrifizierung der Bahn im Anschluß an die württembergische Nord-Süd-Linie. Der Vorsitzende begrüßte diese Anregungen und erwähnte dabei, daß eine Autolinie zwischen Bretten und Forstheim geplant werde. Kommerzienrat Brudmann von der Handelskammer Heilbronn erhob sich über diese Bahn eine bessere Verbindung Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg. Bürgermeister Schenau, Bretten, legt besonderen Wert auf eine gute Abendverbindung und setzt sich für einen würdigen Bahnhof in Bretten ein. Herr Zerzer vom Verkehrsverein Bruchsal tritt für die Anschlußbahnen, die Elsenzbahn und die Linie Mühlacker-Bruchsal-Germersheim mit dem Ziel baldiger Elektrifizierung (direkte Verbindung Pfalz-Mümlingen) ein. Dr. Gönnewein als Vertreter des Oberamtmanns von Heilbronn beendete gleichfalls seine lebhafte Sympathie für die vorgebrachten Wünsche und erwähnt dabei, daß für die Kraichgaubahn einige Aussicht bestehe, wieder einen Durchgangsverkehr (Karlsruhe-Nürnberg in 17 Stunden) zu erhalten, wagt aber, sich dieserhalb vorzeitigem Optimismus hinzugeben. An der ferneren Aussprache beteiligten sich noch ein Vertreter des Elsenz-Verkehrsvereins sowie mehrere weitere Herren, die mehr lokale Wünsche vorbrachten.

Es wurde beschlossen, auch weiterhin eine Umlage zu erheben, namentlich im Hinblick auf die im Jahre 1930 zu veranstaltende Feier des 50jährigen Bestehens der Kraichgaubahn. Die nächste Tagung soll in Eppingen stattfinden.

Von der Schwarzwaldbahn

Der obere Teil der Schwarzwaldbahn zwischen Triberg und Sommerau ist infolge der Ausbesserungs- und Prüfungsarbeiten an den Tunneln zwischen Sommerau und Ruzbach lange Zeit einseitig befahren worden. Es handelte sich um eine 5 Kilometer lange Strecke, die nur einseitig befahren wurde, was namentlich in der Hauptverkehrszeit erhebliche Erschwerungen mit sich brachte. Die Arbeiten sind nun soweit fertiggestellt, daß die nördlich des Sommerautunnels liegende Strecke bis Ruzbach mit etwa 3,8 Kilometer wieder zweigleisig befahren werden kann. Für den einseitigen Betrieb bleibt somit lediglich der Sommerautunnel selbst mit seinen 1700 Metern.

Tagungen

Badischer Städtebund. Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) hält am Freitag, den 8. und Samstag, den 9. Juli 1927 seinen 82. ordentlichen Stadttag in Eberbach ab.

Landesversammlung der Evang. Volksvereine. An den beiden Pfingsttagen fand in Weisheim die aus allen Bezirken besetzte Landesversammlung der Evang. Volksvereine in Baden statt. Unter Beibehaltung des Namens „Volksverein“ für die einzelnen Ortsgruppen führt der Landesverband von jetzt an den Namen „Evangelischer Volksbund für Baden“. Er wird sofort in Arbeitsgemeinschaft mit dem Württembergischen Volksbund treten.

Karlsruher Konzerte

Noch einmal gab es einen ausverkauften Konzertabend. Anlaß bot der bevorstehende Abschied von Robert Bus, der leider nach nur zweijähriger, aber äußerst erfolgreicher Tätigkeit am badischen Landestheater künftig der Stuttgarter Oper angehören wird. Über diesen Teil seines Künstlerums wird nach dem offiziellen Abschieden aus dem Verband unserer Bühne einiges nachzutragen sein; man versteht jedoch auch den lebhaften Beifall, der den beliebtesten Sängern auf dem Konzertpodium umbraute, war man doch hier gleichfalls stark gefesselt und war doch an dieser Stelle, an der man dem Künstler recht selten begegnet, alles in berückenden Wohlklang gehüllt. Robert Bus ist ein Bellantini, dem man immer mit Genuß zuhört. Nichts an seiner Stimme ist mühevoll oder angestrengt, und zugleich ist er ein außerordentlich intelligenter und eminent musikalischer Sänger. Und wie er mit seinem an Fülle und Rundung so manch deutschem Nivalen ebenbürtigen Tenor niemals die Schöngrenze überschreitet und weder in messa di voce noch in stolz entfalteten hohen C die Stimme je vergeblich, so bleibt er auch stets vornehm, ja schlicht und natürlich im Vortrag. Gerade dies Fernhalten jeder bombastischen Vergrößerung, auch wo er temperamentvoll zuwagt, wirkt ungemein sympathisch und zeugt von einem kultivierten Künstler, der von äußerlichem Stimmprozentum und gleichzeitiger Musikalität nichts wissen will. Selbst die Programmgestaltung, mit Beethovens Vierter, „An die ferne Geliebte“ beginnend und in den lyrischen Teilen über Schubert zu Strauss aufsteigend, hielt sich auf sehr geschmackvoller Linie, die auch in den beiden nachfolgenden Kriem von Massen und Donizetti nicht verlassen wurde. Der an dem Abend aufs beste disponierte Sänger sparte nicht an gar vielen Zugaben, welche die langbehaarte Menge handfast nach jeder Nummer fast verlangte und besonders am Schluß durch stürmischen Applaus sich erbot. Blumen gab es selbstverständlich in Hülle und Fülle. Zur künstlerischen Qualität des Konzertes trug übrigens auch die Begleitung von Generalmusikdirektor Josef Krebs wesentlich bei, der sich im liebevollen Deutlichmachen jeder einzelnen Passage kaum genug tun konnte. Mit Recht durfte er sich in den begeisterten Beifall teilen.

G. Sch.

Tierschutz

Der Verband der Badischen Tierschutzvereine schreibt uns: Der schon einmal einen größeren Auf- und Wirt von Schlachtieren auf Märkten beobachtet hat, dem dürfte nicht entgangen sein, wie sehr oft Schweine, Kälber, Stiere und Kühe unter den Stockschlägen unvernünftiger Treiber vorwärts gebracht werden. Gilt es doch meistens, einem elenden Stallbode seinen „Starrsinn“ auszutreiben. In Wirklichkeit muß das arme Tier bei seinem letzten Gang die Unvernunft seiner früheren Besitzer büßen, da jene es während der ganzen Zeit — es wurde ja zum Schlachten großgezogen — kaum einmal oder gar nie zum Stall und unter Menschen und Verkehr herausgebracht haben. Nun soll das arme Tier auf einmal einen oft stundenlangen Weg zurücklegen, an Autos, Radfahrern usw. vorbei. Das Martyrium ist geradezu unbeschreiblich, das solche Tiere unter grausamer Behandlung erleben müssen. Und das alles, weil Unverstand und meist Faulheit der früheren Besitzer diese Behandlung verschuldet haben. Kam es doch schon nachweislich vor, daß ein Stier bevor auf der Landstraße geprügelt wurde, wegen vermutheter Widerstandsfähigkeit, daß das zerfallene Tier nach der Schlachtung nicht freigegeben werden konnte. Eine Barbarei ohne gleichen. Landwirte, sorgt daher und denkt daran, auch dem zur Schlachtung aufgezogenen Vieh jeder Art die nötige freie Bewegung zu geben und macht euch nicht mühselig an solchen schauerhaften Qualereien, die durch eure Einsicht verhütet werden können.

Gemeinde-Rundschau

Umlage und außerordentlicher Holztrieb. Der Bürgerausschuß in Galsach erklärte sich mit einer vorläufigen Umlage in Höhe der letzten, d. h. je 4 Rpf. pro Monat für je 100 RM Steuerwert einverstanden und stimmte auch einem außerordentlichen Holztrieb von 10 000 Festmeter zu. Für den weiteren Ausbau der Stadthalle wurden 16 000 RM bewilligt.

Der Bezirksverband Heimbachkraftwerk hielt im Rathaus zu Schramberg seine diesjährige ordentliche Versammlung ab. Dabei wurde u. a. der Vertrag mit dem Kraftwerk Laufenburg über Zusammenschluß des Heimbachkraftwerks mit diesem in Schramberg und die vom Gemeinderat in seiner letzten Sitzung gebilligte Änderung des Stromtarifs für Kleinabnehmer mit Wirkung vom 1. Juli ab einstimmig genehmigt. Im Berichtsjahr 1926 wurden umfangreiche Neubauten vorgenommen, die Darlehen sind größtenteils langfristige. Der Bau des Umspannwerkes Bietingen wurde vollendet, in Schramberg wurde der nördliche Ortsteil auf Drehtrombetrieb umgestellt. Das Kraftwerk Bettenhausen wurde auf 55 000 Voltbetrieb umgestellt. Vertragsabschlüsse mit der Stadt und dem Zweckwerk Balingen machten die Erstellung einer starken 15 000 Voltleitung von Bietingen nach Balingen erforderlich.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. D. Gutach, 9. Juni. Die bekannte Gutacher Trachtenkapelle kann in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß findet in Gutach an einem der nächsten Sonntage ein großes Preiswettbewerb statt.

D. D. Ottenheim, 9. Juni. Heute vormittag, während der Beerdigung der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Anna Maurer erhielt die Gendarmerie davon Kenntnis, daß der Würder Heimbach sich im Heutod des elterlichen Anwesens aufhalte. Sie begab sich dorthin und nahm ihn ohne weitere Schwierigkeiten fest. Heimbach wurde im Auto nach dem Amtsgefängnis in Lahr gebracht. Das Messer, mit dem er die Tat vollführt hatte, ein gewöhnliches Taschenmesser, trug der Würder bei sich.

D. D. Rottenburg, 9. Juni. Die am 14. Juni stattfindende Inthronisation des Bischofs Dr. Syral wird Erzbischof Karl Freiburg von Freiburg vornehmen. Der Erzbischof wird auch das Pontifikatamt geleben und nach dem Pontifikatamt eine Ansprache an Clerus und Volk halten, worauf der Bischof ernennen wird. Daran schließt sich die Thronbesteigung und Subdignation an den neuen Bischof an.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Rücken des hohen Drucks über dem Festland hat sich seit gestern früh weiter nach nordwärts verlagert. Infolge der hierdurch bei uns eingetretenen Nordostströmung hielt das heitere Wetter an und wird nach der allgemeinen Druckverteilung voraussichtlich auch weiterhin erhalten bleiben. Kleine Störungen, die von Frankreich her nördlich der Alpen vorstoßen und im Nohental bereits heute Gewitterbildungen hervorgerufen haben, stellen auch bei uns Gewitter in Aussicht. Voraussichtl. Witterung für Samstag: ziemlich heiter, meist trocken und warm mit örtlichen Gewittern, besonders im Gebirge.

Bad. Konservatorium für Musik. Am 1. Mai trat der bekannte Gesangspädagoge, Herr Jesco von Puttkammer, in das Lehrerkollegium des Bad. Konservatoriums in Karlsruhe als Gesangsmeister ein. Zur näheren Orientierung bringen wir die Notiz, daß Herr von Puttkammer, nachdem er seine Studien bei Professor Stockhausen begonnen hatte, sich zur Erlernung der italienischen Sprache (Sprache, Gesang und Vortag) nach Mailand begeben hatte, wo er bei Maestro Carignani, dem Lehrer und Begleiter Caruso, studiert hat. Da sein Lehrer zugleich Freund und Mitarbeiter von Puccini war, hatte Herr v. Puttkammer Gelegenheit, häufig mit dem berühmten italienischen Komponisten zusammenzukommen und hat unter seiner Leitung dessen sämtliche Werke auf das Genaueste durchgearbeitet. Auch mit Leoncavallo, dem Komponisten des „Pagazzo“, verband Herrn v. Puttkammer langjährige Bekanntschaft. Von Mailand ging Herr v. Puttkammer nach Wien, wo er noch 6 Jahre bei dem berühmten Lehrer, Professor Eduard Gärtner, eingehende technische Studien im Gesangsfach gemacht hat. In Wien hat dann Herr v. Puttkammer in Gemeinschaft mit seinem Lehrer seinen ersten Unterricht erteilt und später fünf Jahre in Berlin und zwölf Jahre in München als Gesangsmeister gewirkt. Zuletzt war Herr v. Puttkammer in Freiburg im Br., wo verschiedene prominente Mitglieder des dortigen Stadttheaters unter vielen anderen seine Schüler sind. Auch Fräulein Steffi Domes, die vom Herbst d. J. ab dem Landestheater Karlsruhe als jugendlich-dramatische Sängerin verpflichtet ist, zählt zu den Schülerinnen des Herrn v. Puttkammer.

Zeitschriftenschau

Die Pfingstnummer der Eleganten Welt ist erschienen. Sie bringt in abwechslungsreicher Fülle reich illustrierte Artikel über allerlei sommerliche Themen auf modischem und anderem Gebiet. So z. B. über „Sommercomplex“, „Das sommerliche Abendkleid“, „Die breitrandigen Hüte“, „Die bedeutsame Rolle des Mantels“, „Das Hotelzimmer“, „Der Salon im Grünen“ und für den Herrn einen instruktiven Artikel über „Die Standardform des Herrenschuhs“. Preis 1 RM.

Aus der Landeshauptstadt

Von der Karlsruher Presse, Chefredakteur G. D. Stolz, der Leiter der Karlsruher Zweigstelle der Telegraphen-Union, blüht heute auf eine 25jährige Tätigkeit als Journalist zurück. Im Juni 1902 trat er in den Redaktionsverband der „Badischen Presse“ ein, wo er zunächst den badischen und provinziellen Teil bearbeitete und bald auch die Opern- und Konzertkritik übertragen erhielt. 1910 erwarb er die damalige „Oberheinische Correspondenz“, die er zu einer ausgezeichneten Informationsquelle für die Tagespresse ausbaute. Nach dem Kriege, im Frühjahr 1920, richtete die Telegraphen-Union in Berlin in Karlsruhe eine eigene Zweigstelle ein und bestellte unter Übernahme der „Oberheinischen Correspondenz“ als „Badischer Landespressedirektor“ Herrn Stolz zum Leiter. In diesem Amte wirkt Stolz nun bereits wieder sieben Jahre. Der Verein Karlsruher Presse, dessen Vorstand er heute noch angehört, übertrug ihm verschiedene Ehrenämter. Er war auch Mitbegründer des Landesverbandes badischer Redakteure. Auch wir sprechen Herrn Stolz, der auch um seiner hervorragenden persönlichen Eigenschaften willen allgemeines Ansehen und Beliebtheit genießt, am heutigen Tag unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Internationales Musikfest Karlsruhe. Aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Musikvereins „Harmonie“ findet vom 6. bis 8. August ein Internationales Musikfest, verbunden mit einer Internationalen Musik-Fachausstellung vom 5. bis 14. August in Karlsruhe statt, an dem deutsche und ausländische Kapellen, Musikvereine und Mandolinvereinigungen teilnehmen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	10. Juni		9. Juni	
	Ges.	Preis	Ges.	Preis
Amsterdam 100 G.	168.90	169.24	168.90	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.76	112.98
Italien . . . 100 L.	23.28	23.32	23.30	23.34
London . . . 1 Pf.	20.478	20.513	20.476	20.516
Amsterd.	4.216	4.224	4.216	4.224
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.095	81.255	81.105	81.265
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.395	59.455
Prag . . . 100 Kr.	12.49	12.51	12.491	12.511

Nach dem Reichsbankausweis vom 7. Juni erhöhten sich die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen um 8,3 Mill. Reichsmark auf 1902,4 Mill. Reichsmark. Die Erhöhung ist lediglich durch die Zunahme der Bestände an bedienungsfähigen Devisen verursacht, da die Goldbestände um 50 000 M abnahmen. Die Deckung der Noten durch Gold allein stieg von 48,8 Proz. am Ende der Vorwoche auf 49,2 Proz., die Deckung durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 50,9 Proz. auf 51,6 Proz. Der Umlauf der Reichsbanknoten hat sich um 30 Mill. auf 3689,2 Mill. Reichsmark verringert, der Umlauf an Rentenbankscheinen nahm um 20,9 Mill. auf 1012,3 Mill. Reichsmark ab.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 9. Juni

Wiese. Nach der Pfingstpause blieb die Börse ohne besondere Anregung und die Tendenz war überwiegend nach unten gerichtet. Die allgemeine Unsicherheit, wie die Reichsbank und die Großbanken nach dem 15. Juni in der Restriktionsfrage sich verhalten werden, lähmte das Geschäft. Dazu kam, daß auch die politische Lage in Europa Anlaß zu vermehrter Zurückhaltung gab. Bei relativ stillem Geschäft drückte an der Börse schon das geringste zum Verkauf angebotene Material auf das Kursniveau. Zeitweise gaben neue Käufe aus dem Ausland, aber auch aus der rheinischen Industrie, ferner die Wiederherstellung der Kapitalertragsteuerbefreiung für Auslandsanleihen eine gewisse Anregung, aber die Unsicherheit am Geldmarkt und die politischen Befürchtungen erhöhten wieder die Unsicherheit und den Mangel an Unternehmungslust.

Die Geldmarktlage ist sehr angespannt und die Zinssätze sind ziemlich hoch. Tagesgeld ist mit 6—8 Proz. angeboten,

Zerminsgeld aber selbst zu den hohen Sätzen von 7,5—8,5 Proz. nur schwer zu haben. Die Industrielandschaft zieht von den Banken weitere Gelder ab — eine Folge der Konjunkturbelebung —, was den Markt verknappt. Monatsgeld ist unbedeutend gesucht. Die Einschränkung des Reportgeldes zog naturgemäß eine Verteuerung des Monatsgeldes nach sich. Die Geldgeber halten sich weitgehend zurück. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß das Wechselangebot und die Privatfäße heraufgehen.

Produktenmarkt. Infolge der Preissteigerung auf den amerikanischen Getreidemärkten waren die deutschen Märkte stark befestigt. Die Preise sind durchweg in die Höhe gegangen. Das Inlandgeschäft ist gering, da wenig Ware herauskommt. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 308 (plus 10), Roggen 252 (plus 6), Gerste 275 (plus 8), Hafer 256 (plus 6) M je pro Tonne und Mehl 30 1/2 (unv.) M pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Besserung der Wirtschaftslage schreitet langsam fort. Dies gilt zunächst weniger für die Preisentwicklung als für den Beschäftigungsgrad. Auf den Lebensmittelmärkten haben die Preise infolge Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte etwas angezogen. Schwach lagen die Zuckermärkte. Der Verlauf auf den Häuteauktionen war fest. An den Textilmärkten haben die Rohbaumwollpreise eine nicht unbeträchtliche Steigerung erfahren. Der internationale Rohleummarkt sieht im Zeichen eines scharfen Konkurrenzkampfes zwischen deutscher und der wesentlich billiger angebotenen englischen Kohle, die bis nach Süddeutschland vorzubringen versucht.

Rindfleischmarkt. Auch nach Pfingsten war auf den Schlachtviehmärkten die Geschäftstätigkeit reger, wenn es auch auf den Schweinemärkten und Großviehmärkten teilweise überhände gab. Die Preislage ist im allgemeinen gestiegen.

Holzmarkt. Die Rundholzmärkte sind belebt und die Preise haben sich auf einer beachtlichen Höhe gehalten. Das Angebot nimmt aber allmählich ab. Bauholz ist sehr gefragt. Die Sägewerksindustrie hat einen flotten Geschäftsgang.

Verschiedenes

Ehrungen der Ozeanflieger

Die amerikanischen Flieger waren am Donnerstag in Verlin auf sie ausbrachte, betonte, daß man nach einem Luftverkehr zwischen Deutschland und Amerika strebe und den Fliegern zwei goldene Zigarrenetuis als Erinnerungsgabe des Reichszanlers überreichte. Der amerikanische Botschafter und Chamberlain dankten für die vom deutschen Volk empfangenen Ehrunen. Abends veranstaltete der Reichsverkehrsminister ein Diner zu Ehren der Ozeanflieger. Minister Koch begrüßte als Minister für die deutsche Luftfahrt die Flieger. Auch hier sprach Botschafter Schürmann, der den Wunsch ausdrückte, daß Amerika und Deutschland in ruhmvollem Wettbewerb zusammen vorwärtsstreben möchten. — Ferner erhielten die Ozeanflieger und der amerikanische Gesandte die Große Ehrenplakette der Stadt Berlin. — Eine Straßenschilderung wird den Namen „Columbia“-Straßenschilderung erhalten. Die Flieger erhielten weiter zahlreiche Blumensträuße und wertvolle Geschenke. Eine große Berliner Schneiderfirma hat sich bereit erklärt, die Flieger vollständig neu einzukleiden.

Charles Levine erklärte laut „Post. Ztg.“, daß er die erste Absicht habe, eine Luftfahrtlinie zwischen Amerika und dem europäischen Kontinent zu gründen. Aufser seinen eigenen großen Geldmitteln glaubt er noch andere Geldgeber für diesen Plan interessieren zu können und hofft, mit den ersten regelmäßigen Flügen nächste Jahres beginnen zu können. — Die Flieger wollen von Wien aus auch nach Prag fliegen, wo gegenwärtig eine internationale Luftfahrtausstellung stattfindet.

Zu den anlässlich des Verschwindens Chamberlains und Levines in Deutschland geübten Kritiken teilt die Luftkassa u. a. mit: Deutschland hat bekanntlich außer den 120 Flugzeugen, die den Dienst des Luftverkehrs versehen, nur noch Flugzeuge, die in den Händen von Privatpersonen sind und die bei der kurzen Zeit, die vom Abflug bis zum Eintreffen Chamberlains zur Verfügung stand, organisatorisch nicht so zu erfassen waren, daß sie gleich den französischen Empfangsstaffeln ein-

gefehrt werden konnten. Als die Ankunft Chamberlains in Dortmund gemeldet wurde, hatten die wenigen hier und auf den in der Nähe befindlichen Flughäfen zur Verfürgung stehenden Flugzeuge den Amerikaner kaum noch erreichen können. Das gleiche gilt für die in Braunschweig und Hannover stationierten, ebenfalls für den Tagesverkehr in Aussicht genommenen Flugzeuge der Deutschen Luftkassa. Da aber der amerikanische Flieger von Dortmund aus wahrscheinlich sehr bald infolge Nebebelbildung an der Porta Westfalica in andere Richtung gedrängt wurde und den Weg nach Berlin vollständig verfehlte, war es auch den inzwischen in Berlin am Vormittag gestarteten Flugzeugen nicht möglich, Chamberlain zu finden.

Weiterflug de Binedos

W. B. B. Vorta (Azoren), 10. Juni. (Tel.) Der Ozeanflieger de Binedos hat heute vormittag seinen Flug nach der neunten Etappe auf dem Flug nach Lissabon wieder aufgenommen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 11. Juni bis 21. Juni 1927

a) Im Landestheater:
Samstag, 11. Juni. * C 28. Th.-Gem. 301—600. Überfahrt. Schauspiel von Sutton Kane. 8 bis 9. 10 1/2 (5.—).
Sonntag, 12. Juni. Nachmittags: 20. Vorstellung der Sommermiete für Auswärtige: Der Patriot. Drama von Alfred Neumann. 3 bis 4. 6 (3.—).
 Abends: * B 28. Th.-Gem. 1. S. G. Uda. Oper von Verdi. 7 1/2 bis 8. (8.—).
Montag, 13. Juni. Volksbühne 10. Die Entführung aus dem Serail. Oper von Mozart. 8 bis 9. 10 1/2 (7.—).
 Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, 14. Juni. * E 29. Th.-Gem. 2. S. G. Zum ersten Mal: Schlaf und Jan. Ein romantisches Scherzspiel von Gerhart Hauptmann. 7 1/2—10 1/2 (5.—).
Mittwoch, 15. Juni. 8. Vorstellung der Schülermiete: Die Zauberküste. Oper von Mozart. Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 6 1/2 bis 7. (7.—).
Donnerstag, 16. Juni. Außer Miete. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: Lohengrin von Richard Wagner. 6 bis 7. 10 (4.—).
Freitag, 17. Juni. * F 28 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1—100 und 301—400. Macbeth. Trauerspiel von Shakespeare. 7 1/2 bis 10 1/2 (5.—).
Samstag, 18. Juni. Nachmittags: Schulfahrt zum Besuch des Badischen Landestheaters: Faust. Trauerspiel von Goethe. 3 bis 4. 6 (5.—).
 Abends: * G 29 Th.-Gem. 101—300 und 601—700. Überfahrt. Schauspiel von Sutton Kane. 8 bis 9. 10 1/2 (5.—).
Sonntag, 19. Juni. * A 28. Th.-Gem. 3. S. G. Neueinstudiert: Alessandro Stradella. Oper von Friedrich von Flotow. 7 1/2 bis 10 (7.—).
Montag, 20. Juni. Volksbühne 10. Die Entführung aus dem Serail. Oper von Mozart. 8 bis 9. 10 1/2 (7.—).
 Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, 21. Juni. * B 29. Th.-Gem. 401—500 und 1. S. G. Schlaf und Jan. Ein romantisches Scherzspiel von Gerhart Hauptmann. 7 1/2—10 1/2 (5.—).

b) Im Stadt. Konzerthaus:

Sonntag, 12. Juni. * Mein Better Edward. Schwan von Friedmann-Frederich und Ralph Arthur Roberts. 7 1/2—9 1/2 (4.—).
Sonntag, 19. Juni. * Mein Better Edward. 7 1/2—9 1/2 (4.—).

Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters: Freitag, den 17. Juni 1927, 6.15 Uhr.

Vorrecht. a) Bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.

b) Bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mieteabteilungen abgewechselt.

c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Karlsruher Renn-Verein

Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr 3.456

RENNEN

mit öffentlichem Totalisator
 Nennungsschluss: 13. Juni, abends 6 Uhr.

Nähere Auskunft erteilt
 Sekretariat Karlsruhe, Stefaniensstr. 90, Telephon 5902

Badische Lichtspiele

Konzerthaus

Samstag, den 11. bis Mittwoch, den 15. Juni jeweils abends 8.15 Uhr — Samstag und Mittwoch auch 5 Uhr nachm. — Sonntag nur 4 Uhr nachmittags

Chamberlin's

Ankunft in Cottbus und Berlin

Das alte Gesetz
 mit HENNY PORTEN in der Hauptrolle

OPELWOCHENSCHAU

Preise und Ermäßigungen wie üblich. 3.466
 Vorverkauf Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.

6%ige Kohlenwertanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1923

Die nach dem Tilgungsplan auf 1. November 1927 zur Heimzahlung gelangenden Stücke der Mannheimer Kohlenwertanleihe sind von der Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt.

Mannheim, den 2. Juni 1927. 3.466
 Der Oberbürgermeister.

Frauen haben immer recht

wenn sie behaupten, daß Gasback- und Kohlenherde von der Firma A. Rosenberger, Karlsruhe, Ecke Schützen- u. Marienstr. 32 die besten und billigsten sind. 12 Monatsraten.

Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren

Berordnung des Ministeriums des Innern und des Ministeriums für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 26. März 1919.

Wortlaut des Gesetzes

auf den neuesten Stand gebracht

Preis 50 Pfennig.

Verlag G. Braun in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Das Problem der Minderheiten und der Völkerfreiheit in

Nation und Nationalität

Erster Ergänzungsband zum Jahrbuch für Soziologie

Herausgegeben von Prof. Dr. G. Salomon

Gr. 8. VIII, 224 Seiten

Broschiert RM. 8.—

Ganzleinen RM. 10.—

Prospekt kostenfrei

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

mit Teer oder Bitumen auf Land — bzw. Kreisstrassen in Singen a. S. und Adolfszell im Gesamtumfang von etwa 6200 qm.

Die Bedingungenunterlagen können von der oben genannten Dienststelle bezogen werden.

Angebote sind bis Mittwoch, den 22. Juni 1927, 10 Uhr vormittags, bei uns einzureichen.

R. 339

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Badisches Landestheater

Sonntag, den 11. Juni 1927

* C 28 Th.-Gem. 301—600

Überfahrt

von Sutton Kane

In Szene gesetzt von Dr. Gerhart Storz

Pror. Dahlen-Bants

Cliveden-Bants

Dufe

Ridget

Kingly

Ann

Henry

Scrubby

Thomson

Anfang 8 Ende geg. 10 1/2

I. Sprechst. 5 M.

Sonnt. 12. Juni: Nachm. 1

Der Patriot. Abends: Uda.

Im Konzert: Mein Better Edward.

Mo. 13. Juni: Die Entführung aus dem Serail.

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig

Verlag G. Braun

in Karlsruhe

Karlsruherstraße 14

Preis 50 Pfennig